

Zwischen Online-Petition und Shitstorm

„Demokratie braucht Demokraten. Politik in der digitalen Gesellschaft“

Die digitale Revolution erfasst große Teile des (öffentlichen) Lebens und wird in unserer modernen Gesellschaft immer mehr Bedeutung zugeschrieben. Die digitale Welt kann Perspektiven für mehr demokratische Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Gesellschaft schaffen, denn Demokratie braucht Öffentlichkeit. Dabei verändert sich das politische Agieren der beteiligten Akteur_innen, da die Digitalisierung der Gesellschaft die Medienöffentlichkeit verändert. Mehr Partizipation steht der ungebremsbare Hass des sogenannten *Shitstorm* gegenüber. Betrachtet man das derzeitige politische Tagesgeschehen, so wird deutlich, dass sich die Politik mit dieser Thematik und einhergehenden Problematiken konfrontiert sieht. Daher hätte die Podiumsdiskussion des Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratie braucht Demokraten. Politik in der digitalen Gesellschaft - Zwischen Online-Petition und Shitstorm“ kaum mehr Brisanz zeigen können. Wie wollen wir künftig gemeinsam Politik gestalten in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft? Diese und weitere Fragen wurden an diesem Abend lebhaft diskutiert. Rund 350 Besucher_innen folgten dieser Einladung in das Bonner Haus.



Die NRW Ministerpräsidentin Hannelore Kraft wurde von Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, vertreten. Die Moderation dieser Podiumsdiskussion übernahm Valentina Kerst, aus dem Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V..

Begrüßende Worte fand Ingrid Matthäus-Maier, Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Unter der Losung des Zitates von Friedrich-Ebert „Demokratie braucht Demokraten“ wurde diese Veranstaltung ausgerichtet. Hinter Eberts Zitat stecke, dass Demokratie nur funktionieren könne, wenn die Bürger_innen diese als vertrauenswürdig empfinden, so Matthäus-Maier. Für Matthäus-Maier kristallisierte sich die zentrale Frage heraus, ob das Internet Demokratie denn überhaupt stärke. Was dafür spreche sei, dass im Zuge der Digitalisierung, neue Möglichkeiten der Mitsprache entstehen würden. Ein wichtiges Contra-Argument seien jedoch der sogenannte *Shitstorm* sowie Hasspostings.



Dr. Marc Jan Eumann, Ingrid-Matthäus-Maier

Staatssekretär Eumann formulierte in seiner Eröffnungsrede, dass das „Phänomen von Diffamierung“ kein neu aufgekommenes sei. Der sogenannte moderne Shitstorm könne als „analoger Shitstorm“ zur Ära von Friedrich Ebert gesehen werden. Ein privates Foto spielte bei dieser Diffamierung eine besondere Rolle, worauf Ebert beim Baden an der Ostsee aufgenommen wurde. Ein neues Phänomen sei jedoch die Anonymität und der außerordentliche Hass, der im Internet verbreitet werde. Eumann forderte, dass dieser „aggressiven Kommunikation“ strikt entgegen gewirkt werden müsse. „Es ist gut, dass wir mit unseren Spielregeln klare 'Stopp-Signale' setzen“, so der Staatssekretär.

Eumann pflichtete Matthäus-Maier bei, dass „Demokratie mehr Demokraten“ brauche. Eindringlich betonte er, dass die sinkende Wahlbeteiligung eine besondere Aufmerksamkeit verdiene. Die Tatsache, dass in vielen Städten und Gemeinden eine „katastrophale Wahlbeteiligung“ herrsche, zeige, dass die Politik mehr Demokrat_innen für Partizipationsprozess aktivieren müsse. Heute würde die Demokratie als Staatsform zwar von dem größten Bevölkerungsteil befürwortet, jedoch müsse die aktive Mitgestaltung von Demokratie mehr in der Gesellschaft ankommen. Eumann forderte, daher, dass sich die Politik den Bürger_innen mehr annähern müsse, „Mehr Demokratie wagen“, wie Willy Brandt formulierte.

Die Landesregierung NRW bediene sich schon moderner Formen von demokratischer Partizipation: So wurde beispielsweise die Vorlage des Landesmediengesetzes für den öffentlichen Diskurs im Rahmen einer Online-Konversation verwendet. Dabei entstanden viele qualifizierte Kommentare, was eine erkennbar hohe Bürgerbeteiligung zeige. Einerseits, so der Referent, konnte die Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens gewährleistet werden, andererseits konnte so eine demokratische Beteiligung innerhalb eines solchen Verfahrens entstehen. Eumann bewertete dies als großen Erfolg, denn analog hätten sich deutlich weniger Bürger_innen beteiligt. Dies sei „ein Mehr an Demokratie“, so Eumann. Es entstehe eine analoge Kompetenz, wenn sich Bürger_innen innerhalb eines solch' beispielhaften Konversationsprozesses beteiligen.

Ein weiterer wichtiger Punkt stelle die Thematik der Informationsbeschaffung im digitalen Zeitalter dar. Die heutigen „Beschaffungsmöglichkeiten sind grenzenlos großartig“, so Eumann. In einem analogen Mediennutzungsverhalten könnte man diese gar nicht wahrnehmen. Trotzdem, so der Referent, müssen die geltenden Spielregeln im Internet eingehalten werden.

„Open data, Zugang zu Information, ist auch etwas, was den Regierungshandel verändern muss“, forderte der Staatssekretär. Für NRW sei dies im März diesen Jahres, im Zuge der Eröffnung des Por-

tales *openNRW*, bereits geschehen. Daten der Landesverwaltung werden dort kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Bei allen Beteiligungsformen im Internet gelte jedoch auch, dass die selben Verzerrung der Beteiligung wie in der vordigitalen Gesellschaft existieren. Er lobte im Zuge dessen das große Engagement der Bevölkerung für die Hilfe ankommender Flüchtlinge. Gleichzeitig, so Eumann, beteiligen sich jedoch in sozial benachteiligten Gesellschaftsschichten sehr wenige an den Möglichkeiten demokratischer Partizipation. Er forderte, dass man sich intensiver mit der Frage auseinandersetzen müsse, wie man diese Gesellschaftsschicht mehr in den demokratischen Partizipationsprozess einbinden könne. Auch mit der Fragmentierung digitaler Kommunikation müsse man sich zukünftig beschäftigen.

Markus Beckedahl, netzpolitik.org, sprach über wichtige Rahmenbedingungen innerhalb einer digitalen Gesellschaft. Beckedahl kritisierte zunächst das Vorgehen der Bundesregierung auf die Snowden – Enthüllungen. Die Reaktion darauf lautete nämlich, so Beckedahl, dass im Namen der Sicherheit alles nachvollziehbar gemacht werden sollte. Die politische Antwort auf diese Enthüllungen stellte ein Mehr an Ressourcen für den Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst dar, sowie die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Beckedahl vertrat die Ansicht, dass in der analogen Welt eine solche Kontrolle nicht akzeptiert würde. Demokratie brauche in der digitalen Gesellschaft fluktuierenden Zugang, denn in einem so reichen Industriestaat wie Deutschland dürfe „dies keine Glücksache sein“, so Beckedahl. In punkto Ausbau von Glasfaser stehe Deutschland im europäischen Vergleich auf dem letzten Platz, noch hinter Rumänien und Bulgarien. Er forderte „weniger Überwachung, damit unsere Grundrechte sowohl in der analogen als auch digitalen Welt gelten.“ Für Beckedahl steht fest, dass der Zugang zu einer digitalen Welt als Recht festgeschrieben werden müsse.



Markus Beckedahl

Aus Sicht der Parteienforschung erklärte Dr. Marcel Lewandowsky, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Institutes für Politikwissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg, wie Parteien den Umgang mit digitalen Medien pflegen. „Die Befunde, wie Parteien neue Medien nutzen, sind prekär“, führte Lewandowsky als zentrale These an. Effizient nutzbar wären soziale Netzwerke dann, wenn diese durch Organisation und Mobilisierung nach innen, andererseits durch Werbung und Mobilisierung nach außen, verwendet würden, so Lewandowsky. Auch die „Symbolfunktion eine Mehrheit“, z.B. durch eine Vielzahl von Likes, in sozialen Netzwerken zu generieren, sei nicht unerheblich. Qualitativ sei die Situation defizitär, da sowohl auf Landes- und Bundesebene die Anstrengungen im Umgang mit sozialen Medien sehr variieren würden. Quantitativ defizitär sei dieser Zustand, da fast alle Parteien den direkten Wahlkampfmitteln, wie den sozialen Netzwerken, weniger Bedeutung zu schreiben, als den indirekten und altbewährten Wahlkampfinstrumentarien.



Dr. Marcel Lewandowsky

Im Wesentlichen, so der Referent, würde das Internet nicht erst genommen. Ein nicht zu unterschätzendes Problem sei, dass sich im umgekehrten Falle, sprich der verstärkten Nutzung und Mobilisierung im Internet und in sozialen Netzwerken, sogenannte „Gegen-Öffentlichkeiten“ bilden können.

Diese würden ihre eigenen medialen Erzeugnisse bis hin zu daraus resultierenden Verschwörungstheorien verbreiten. Dabei könnte die etablierte Politik delegitimiert werden.

Dr. Jasmin Siri, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, vertrat die Position, dass Medien an sich erst einmal neutral seien, die Nutzer_innen würden über den entsprechenden Verwendungszweck entscheiden. Auch Siri betonte, dass das Internet mehr Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Kommunikation schaffe, forderte gleichzeitig auch mehr Sensibilität für Datenschutz. Die Politik müsse sich überlegen, was mit den



Dr. Jasmin Siri

gesammelten Daten passiere, denn „Technik und Evolution kennt keine Grenzen“. „Die Oberflächen selbst, die sozialen Medien also, bringen neue Formen der Kommunikation hervor“, die Konsequenzen für mögliche Folgeschäden können diesen jedoch nicht angelastet werden, äußerte sich Siri. Missbrauch von sozialen Medien läge vielmehr im Verhalten der Nutzer_innen begründet.



Christoph Seils

Christoph Seils, politischer Korrespondent des Magazins Cicero, führte aus, dass es keine digitale Gesellschaft gebe, sondern vielmehr eine Gesellschaft, die von der Digitalisierung beeinflusst werde. Markus Beckedahl stimmte ihm zu, jedoch beschreibe der Begriff der „digitalen Gesellschaft“ vielmehr alle offenen Fragen dieses Diskurses.

„Wer erfolgreich Politik machen will, muss raus dem Netz“, denn die meisten Geschehnisse in der Gesellschaft würden trotzdem noch analog stattfinden, argumentierte Seils weiter. Zwar fördere die Digitalisierung die zunehmende Fragmentierung innerhalb der Gesellschaft, trotzdem sei dies kein reines Internet-Phänomen. Seils betonte, dass die Demokratiefriedenheit in der Bundesrepublik Deutschland sehr hoch sei und man bezüglich der Bekämpfung des sogenannten *Shitstorms* das Grundrecht der Meinungsfreiheit nicht außer Acht lassen dürfe.

In anschließenden, offenen Diskussionsrunde kam u.a. die Frage auf, in wie weit die sogenannten „Gegen-Öffentlichkeiten“ nicht eher zu einem demokratischen Prozess im Sinne der freien Meinungsäußerung beitragen können. Dr. Marcel Lewandowsky präziserte seine eingangs getätigte Aussage, indem er äußerte, dass natürlich nicht jede Gegen-Öffentlichkeit schlecht sei. Dies hänge von den jeweiligen ideologischen Identitäten ab. Die sogenannten negativen Gegen-Öffentlichkeiten, beispielhaft führte er Pegida an, hätten jedoch zunehmend analoge Konsequenzen und würden Außensichtbarkeiten zeigen.

Eumann pflichtete bei, dass Journalist_innen natürlich unverzichtbar für eine funktionsfähige Demokratie seien. „Ist die Situation der Medien nicht gut, geht es auch der Demokratie schlecht“, so Eumann. Man müsse sich für die Förderung (unabhängiger) Journalist_innen mehr stark machen. Im Zuge dessen kritisierte Markus Beckedahl, dass die freien Journalist_innen nicht gleichwertig vom Recht der Pressefreiheit geschützt würden. „Wir brauchen diesbezüglich ein Up-Date“, forderte Beckedahl. Noch nicht einmal in der Strafprozessordnung sei der digitale Journalismus festgehalten.

Siri merkte in diesem Zusammenhang noch an, das nicht das Internet den größten Nährboden für vertretene Extrempositionen, „Gegen-Öffentlichkeiten“ oder Verschwörungstheorien biete, dies habe vielmehr etwas mit der Evolution von Krisen innerhalb der Gesellschaft zu tun.

In einem Punkt waren sich die Diskutant_innen jedoch einig: Für eine funktionsfähige und manifestierte demokratische Grundordnung werden aktive Demokrat_innen gebraucht.

Bei einem abschließenden Get-Together bot sich allen Interessenten letztmalig die Möglichkeit der Betrachtung der Ausstellung „Friedrich Ebert (1871-1925). Vom Arbeitsführer zum Reichspräsidenten.“

Text: Leonie Kutz

Redaktion: Jochen Reeh-Schall (Landesbüro Friedrich-Ebert-Stiftung)

Fotos: Kornelia Danetzki



Valentina Kerst, Dr. Marcel Lewandowsky, Dr. Marc Jan Eumann, Ingrid Matthäus-Maier, Markus Beckedahl, Christoph Seils, Dr. Jasmin Siri (v.l.n.r)